

Nationalpreis für Deutschpflicht auf dem Pausenhof

Stiftung würdigt Weddinger Herbert-Hoover-Realschule. 75 000 Euro sollen für Verbesserung der Sprachangebote verwendet werden

Die Weddinger Herbert-Hoover-Realschule erhält dieses Jahr den mit 75000 Euro dotierten Nationalpreis für ihre international bekannt gewordene Entscheidung, auf dem gesamten Schulgelände eine Deutschpflicht einzuführen. Der Preis wird am 27. Juni in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt verliehen.

Die Deutsche Nationalstiftung begründet die Entscheidung damit, dass „diese Eigeninitiative der Schule die Bedeutung der Sprache als Integrationsvoraussetzung unterstreicht, ohne die kulturellen Wurzeln der beteiligten Menschen anzutasten“. Dies diene der „Verbesserung eines gemeinsamen, niemand ausschließenden Schullebens und künftiger Berufsaussichten“.

Knapp 90 Prozent der insgesamt 370 Hoover-Schüler stammen aus Migrantenfamilien und haben entsprechend große Probleme mit dem Deutschen. Eltern, Lehrer und Schüler hatten deshalb vor etwa einem Jahr in ihrer Schulordnung die Deutschpflicht verankert. Nachdem der Tagesspiegel im Januar darüber berichtet hatte, löste dies eine bundesweite Diskussion aus, die international Widerhall fand. Schulleiterin Jutta Steinkamp und die Schule standen tagelang im Zentrum der deutschen Integrationsdiskussion.

„Schüler, Eltern und Lehrer der Herbert-Hoover-Schule haben die Identität stiftende Wirkung der gemeinsamen Sprache erkannt“, sagte der Senatspräsident der Nationalstiftung und ehemalige sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf. HU-Professor Richard Schröder, Vorstandsvorsitzender der Stiftung, betonte die Bedeutung der Sprache als „Zugangsvoraussetzung für Emanzipation und Teilhabe“ an der Gesellschaft.

Bildungssenator Klaus Böger (SPD) hatte sich von Anfang an hinter die Schule gestellt. Harsche Kritik gab es allerdings vom Türkischen Bund und von der Türkischen Gemeinde Deutschland. Deren Vorsitzender Kenan Kolat meinte, die Eltern der Schule hätten anscheinend nicht genau gewusst, was sie da beschlossen hätten. Dem widersprach aber vehement der türkische Gesamtelternvertreter der Schule, Yener Polat. Er betonte damals, die Entscheidung sei gefallen, weil niemand wünschen könne, dass die Kinder nur gebrochen Deutsch sprächen. Die Schule hielt auch dann an der Entscheidung fest, als der Integrationsbeauftragte Günter Piening mahnte, dass „ein Sprachverbot nur eine Verhinderung von Sprechen bringt“.

Das Preisgeld von 75 000 Euro soll dazu dienen, das Sprachangebot für Schüler und Eltern zu verbessern. Dazu zählt auch die Wiederherstellung der Schulaula, damit dort künftig Theatergruppen proben können. Zudem soll sich die Schule stärker ihrem Umfeld öffnen und auch die Eltern in das Leben der Schule und die Sprachangebote miteinbeziehen.

Der Nationalpreis wird seit 1997 vergeben. Er ist in der Regel mit bis zu 50 000 Euro dotiert. Zusätzlich hat der Preisträger die Möglichkeit, einen Empfänger eines Förderpreises in Höhe von bis zu 25 000 Euro vorzuschlagen. Im Jahr 2005 ging der Preis an den US-Historiker Fritz Stern. Zuvor gehörten Persönlichkeiten wie Günter de Bruyn, Wolf Jobst Siedler, Wolf Biermann, Václav Havel und Heinz Berggruen zu den Preisträgern sowie die Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs „Aufbruch 89 – Neues Forum vom 10. September 1989“.

Gegründet wurde die Nationalstiftung mit Sitz in Weimar unter anderem von Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt. Schirmherr ist Bundespräsident Horst Köhler. Ein Zweck der Stiftung ist es, „Stellung zu nehmen zu drängenden Fragen der Gegenwart und Zukunft Deutschlands“. Die Laudatio bei der Verleihung am 27. Juni wird Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) halten.

Tagesspiegel vom 26.05.2006